

Ende November wurde von den Europäischen Finanzministern der Stabilitäts- und Wachstumspakt faktisch beerdigt, wobei Deutschland, Frankreich und Italien nach besten Kräften mitgewirkt haben. Dabei hat Finanzminister Eichel gar nicht Unrecht mit seiner Aussage, dass die Durchsetzung des Pakts die Lage nur noch verschlimmern würde. In einer wirtschaftlich schlechten Lage sollte man in der Tat nicht auch noch anfangen, Staatsausgaben zu kürzen und Steuern zu erhöhen. Stattdessen sollten die automatischen Stabilisatoren wirken können.

Obwohl diese Argumentation theoretisch richtig ist, stimmt sie in Deutschland bestenfalls zur Hälfte, denn die deutsche Fiskalpolitik hat es versäumt, in der Hochkonjunktur die notwendigen Kürzungen und den Abbau von Subventionen vorzunehmen. Sie war also schon in wirtschaftlich prosperierenden Zeiten prozyklisch. Nun fällt natürlich das Sparen noch schwerer.

Erstaunlich ist nur, dass sich Währungskommissar Solbes auf die Machtprobe eingelassen hat, von der er hätte wissen müssen, dass er sie verlieren würde. Der Grund kann nur darin liegen, dass Solbes demonstrieren wollte, wie wenig die Kommission sich abschrecken lässt. Hätte er gleich nachgegeben, hätte die Kommission wohl vollends ihr Gesicht verloren. So ist im Verhalten von Solbes der verzweifelte Versuch zu sehen, den Pakt eben nicht völlig zu diskreditieren. Das ist aber gründlich fehlgeschlagen.

Dabei ist eine Politikregel ähnlich dem Stabilitätspakt für viele Länder der Europäischen Union dringend nötig. Angesichts der zu erwartenden massiven Überalterung sind die impliziten Verbindlichkeiten der Fiskalpolitik praktisch überall höher als die ausgewiesenen Zahlen. Findet nicht ein Umdenken und



Carsten Hefeker

Stabilität ohne Pakt?

eine Hinwendung zu dauerhaften und permanenten Überschüssen in der Budgetpolitik statt, kann man davon ausgehen, dass viele Staaten früher oder später in Zahlungsschwierigkeiten geraten. Der Stabilitätspakt, wenn auch aus anderen Gründen geschaffen, konnte zumindest als eine implizite Anerkennung dieser Problematik gewertet werden. Und genau aus diesem Grund ist der Bruch der Vereinbarung als schwerwiegend anzusehen. Es ist nicht so, dass die Verletzung des Pakts unmittelbar die Stabilität des Euro bedrohen würde. Vielmehr demonstriert der Bruch des Pakts, wie wenig die Politik die langfristigen Aussichten der Fiskalpolitik ernst nimmt. Von nachhaltigem Wirtschaften kann da nicht die Rede sein.

Um das längerfristige Problem der Staatsverschuldung in den Griff zu bekommen, wäre es sinnvoll, die gesamte Staatsschuld – idealerweise sogar unter Beachtung der impliziten Verbindlichkeiten – in den Vordergrund zu rücken. Von daher gehen die berühmten 60% Staatsverschuldung des Maastrichter Vertrags eher in die richtige Richtung als das 3%-Kriterium bei der Neuverschuldung. Deutschland würde das freilich wenig helfen, weil es in den letzten Jahren sogar die 60%-Marke übersprungen hat.

Eine Neudefinition der fiskalischen Stabilität reicht allerdings nicht aus. Es muss auch ein Weg gefunden werden, wie man sie glaubhaft durchsetzen kann. Ein möglicher Weg wäre, ein Gremium mit der Aufsicht zu beauftragen, das nicht einfach im Ministerrat überstimmt werden kann. So wie die Zentralbank unabhängig ist, wäre auch hier ein unabhängiges Gremium nötig, das die Einhaltung der Fiskalgrenzen kontrolliert. Dabei könnte dieses Gremium durchaus die Befugnis erhalten, Abweichungen über den Zyklus hinweg zuzulassen und zu tolerieren. Und das bedeutet nicht, Vorgaben über Einnahmen und Ausgaben zu machen, sondern lediglich darauf zu achten, dass eine gewisse Balance eingehalten wird. Es hätte also genau das zu tun, was auch der Pakt sicherstellen sollte, dem man aber nicht die dafür nötige unabhängige Instanz gönnen wollte.

Leider ist es nicht sehr wahrscheinlich, dass diese Vorschläge die notwendige politische Unterstützung finden werden. Selbst wenn die Regierungen bereit wären, die tatsächliche Staatsschuld zum Kriterium zu machen, ist es undenkbar, dass eine unabhängige Instanz zur Durchsetzung und Überwachung geschaffen wird. Stattdessen wird die Kommission weiter Berichte schreiben, die sich bestenfalls nur auf die Reputation der Betroffenen auswirken. Es werden sich weiter Koalitionen bilden und Staaten werden für oder gegen eine Verwarnung stimmen aus Gründen, die wenig mit der Fiskalpolitik des betroffenen Landes zu tun haben.

Insofern kann man wohl davon ausgehen, dass der Stabilitätspakt irgendwie weiterleben wird. Dass er de facto tot ist, muss man nicht beweisen. Aber dass nichts Überzeugendes an seine Stelle treten wird, ist zu bedauern.